



Volle Deckung!

FOTO: JÜRGEN JANSON

Strohfeuer und Klein-Klein gegen die Krise

Diese Woche sah einige sehr grelle Warnlichter für dieses Land – und gleichzeitig regierungsamtliches Gewurstel, das dem Ernst der Lage kein bisschen gerecht wird.

■ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostiziert Deutschland nach zwei Jahren Rezession, also schrumpfender Wirtschaftsleistung, für dieses Jahr ein Mini-Wachstum voraus: 0,4 Prozent. Nur Österreich und Norwegen schneiden unter den 54 untersuchten Staaten schlechter ab. Die EU-Kommission und die „Wirtschaftsweisen“ erwarten sogar Nullwachstum.

■ Die Bundesagentur für Arbeit muss die Bundesregierung um ein Darlehen bitten. Es geht um fast 2,5 Milliarden Euro. Grund: Ein Defizit von rund fünf Milliarden Euro wegen höherer Ausgaben für Arbeitslosengeld ob der schwächelnden Wirtschaft. Bezahlen müssen das in jedem Fall die Bürger – heute oder morgen und entweder durch höhere Beiträge zur (Zwangs)Arbeitslosenversicherung oder durch höhere Steuern.

■ Der Kreditversicherer Allianz Trade erwartet in diesem Jahr mehr Firmenpleiten in Deutschland – darunter auch „Großinsolvenzen“ mit hohen Schäden. Schon 2024 gab es hier ein Plus von rund einem Fünftel. Besonders betroffen: Einzelhandel, Automobilzulieferer, Chemie.

Man kann nun kaum behaupten, das Regierungshan-

Die Bundesregierung hat in dieser Woche erste wirtschaftspolitische Schritte getan. Die sind angesichts der Wachstumsschwäche leider völlig ungenügend, sagt Alexander Will.

deln sei dieser Lage angemessen:

■ **Diätenerhöhung:** Zunächst genehmigen sich die Abgeordneten selbst einen kräftigen Schluck aus der Pulle des Steuerzahlers: Mitten in der Krise gibt's für sie 5,4 Prozent mehr Geld. Die Bezüge liegen nun bei rund 11.800 Euro.

■ **Mietpreisbremse:** Die Bundesregierung versucht, die Preise auf einem Markt zu



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor: www.nwzonline.de/nwz-meinung-podcast/

senken, auf dem seit Jahr und Tag das Angebot knapp ist, indem sie Quasi-Enteignungen durch die Hintertür ermöglicht, die das Angebot noch weiter verknappen. Das ist linke Voodoo-Ökonomie, die nur Schaden anrichtet.

■ **Merz-Schulden:** Mit dem CDU-Wahlbetrug, a.k.a. „Sondervermögen“, entzündet die Regierung ein ökonomisches Strohfeuer. Die durch Schulden angeheizte Nachfrage wird kurzfristig die ökonomischen Kennzahlen verbessern. Sie heizt dabei allerdings die Inflation an. Klar ist schon jetzt, dass mit diesen Schul-

den Kernaufgaben des Staates – Verteidigung und Infrastruktur etwa – aus dem Kernhaushalt in Schattenhaushalte ausgelagert werden. Das ist reine Kosmetik, um die prinzipielle Instabilität der Staatsfinanzen und das Missmanagement vergangener und der aktuellen Bundesregierung zu verschleiern. Dieser vorgezogene Konsum muss zudem in Zukunft bezahlt werden. Vielleicht haben künftige Regierung das aber auch gar nicht vor? Dann wären Hyperinflation, Währungsschnitt und Staatsbankrott gängige Wege, diese Schulden wieder loszuwerden – auf Kosten vor allem der Mittelschicht.

■ **„Steuerentlastung“ für die Wirtschaft:** Es bleibt beim Klein-Klein. Einzig die – zeitlich begrenzten – Sonderabschreibungen auf Investitionsgüter werden unmittelbar echte Wirkung zeigen. Die Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028 um ein Prozent pro Jahr ist dagegen zu wenig und zu spät. Eine Steuerreform aus einem Guss ist nicht geplant. Allerdings ist jeder Euro, den der Staat nicht in die Finger bekommt, ein guter Euro.

■ **Ideologische Lieblingsprojekte:** Die Koalition verteilt Zuckerli nach ideologischen Vorlieben. Subventio-

niert werden nun Elektroautos – warum eigentlich, wenn es sich dabei doch angeblich um eine hoch überlegene Technologie handelt? Die Gastronomen streichen ein Mehrwertsteuer-Geschenk ein, das natürlich keine sinkenden Preise in diesem Wirtschaftszweig nach sich ziehen wird. Die CSU schließlich bekommt zur Stärkung ihres Markenkerns die Ausweitung der „Mütterrente“. Die Zwangsversicherten müssen dann noch mehr Leute alimentieren, die nie in das System eingezahlt haben.

Strohfeuer, Klein-Klein, Voodoo-Maßnahmen: Das reicht nicht aus, um den Karren aus dem Morast zu ziehen, denn an zwei entscheidenden Fronten tut sich nichts.

■ **Deutschland hat eine eklatante Wachstumsschwäche.** Die Arbeitsproduktivität sinkt, während sie weltweit steigt. Deutschland verliert damit Wettbewerbsfähigkeit. Was also tun? Steuern runter so weit es geht, Bürokratie mit der Kettensäge ausdünnen und Regulierung vehement abbauen! Nur dies verbessert das Investitionsklima für Newcomer, lockt echte Fachkräfte an und motiviert diejenigen, die „schon länger hier leben“.

■ **Reform des Sozialsystems, vor allem der Rente:** Schon heute fließt mehr als ein Viertel des Staatshaushaltes als Zuschuss in die Rentenversicherung. Die Demografie zeichnet hier einen deutlichen Pfad für Zukunft: steil nach oben. Die heutige Rente wird die Leistungsfähigkeit des Systems ohne jeden Zweifel sprengen, wenn es so weiter-

„ In Zukunft sollte die staatliche Rente dann für alle nur noch das absolute Existenzminimum abwerfen. Alles andere müsste durch private Vorsorge abgedeckt werden. Das entspricht dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, wirkt leistungsfördernd, mobilisiert Kapital für die Wirtschaft und rettet am Ende die Stabilität des politischen Systems.

geht wie bisher. Das Umlagesystem, ein mühsam am Leben gehaltenes, doch zum Tode verurteiltes Pyramidensystem, ist nicht reformierbar, auch nicht durch Maßnahmen, die unter dem Etikett „Generationensolidarität“ laufen. Der Systemwechsel muss her: Bereits aufgelaufene Ansprüche müssen in einem gigantischen, schmerzhaften Kraftakt abgegolten werden. In Zukunft sollte die staatliche Rente dann für alle nur noch das absolute Existenzminimum abwerfen. Alles andere müsste durch private Vorsorge abgedeckt werden. Das entspricht dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, wirkt leistungsfördernd, mobilisiert Kapital für die Wirtschaft und rettet am Ende die Stabilität des politischen Systems.

@ Den Autor erreichen Sie unter Will@infoautor.de

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Northwest Mediengruppe.

BILD: BICHMANN

